

8.2 Die Problematik großer Aktiengesellschaften: Der Widerstand gegen die Society for Establishing Useful Manufactures (S.U.M.)

Das Projekt S.U.M. stieß sogleich auf Widerstand in der Öffentlichkeit. Der amerikanische Ökonom und Wirtschaftshistoriker Joseph Stancliffe Davis (1885–1975), Autor des Standardwerks *Essays in the Earlier History of American Corporations*, hielt die Argumente der Gegner des Vorhabens für vorurteilsbeladen und unintelligent. Er schrieb:

»Viewed as a whole, the opposition which the charter and progress of the company excited must be interpreted as something more than a partisan attack on a vulnerable measure of a leading figure of the political party in power. It was an expression of a deep-rooted prejudice against large-scale corporations with wide powers, of which we of the twentieth century are well aware. It was a normal protest – somewhat misinformed and unintelligent, indeed – against what to-day we are prone to call »special privilege«, in the interest of the public as a whole. It was a natural outcry – possibly more instinctive than reasoned – arising from a class of small-scale producers against a type of productive organization that threatened their economic existence.«⁴

Auch der bereits erwähnte Politologe Louis Hartz, dem die Wirtschaftsgeschichtsschreibung wichtige Beiträge verdankt, sprach der von Davis kritisierten Anti-Charter-Bewegung rationale ökonomische und politische Argumente weitgehend ab.⁵ Was die starkliberalen Gegner der Charter tatsächlich dachten, soll im Folgenden unter vier Punkten erläutert werden.

Erstens: Für die Starkliberalen war jede Aktiengesellschaft ein Fremdkörper in einer Marktwirtschaft, weil sie auf Dauer den Leistungswettbewerb der Unternehmer und das Eigentumsrecht der Bürger zerstört.

Sie wandten sich gegen jede Form eines vom Staat künstlich geschaffenen Kapitalismus. Einer der Exponenten im Konflikt um die Gründung der S.U.M. war ein Mann, der sich »Anti-Monopolist« nannte und sein Pseudonym mit dem Zusatz »a friend to private manufactures« versah.⁶ Privates Unternehmertum und die Existenz von Aktiengesellschaften waren für die Starkliberalen unvereinbare Gegensätze. Unter dem Pseudonym »An Observer« notierte ein anderer Gegner großer Aktiengesellschaften über die S.U.M., dieses Projekt sei »furchterregend« und müsse

4 Joseph Stancliffe Davis: *The »S.U.M.«. The First New Jersey Business Corporation*, in: *Ders.: Essays in the Earlier History of American Corporations. Numbers I-III*, Cambridge/Massachusetts und London 1917, S. 347–522, Zitat S. 451.

5 Louis Hartz: *Economic Policy and Democratic Thought. Pennsylvania, 1776–1860*, Cambridge/Massachusetts 1948, Abschnitt *The Anti-Charter Doctrine*, S. 69–79.

6 Anti-Monopolist, zitiert bei Joseph Stancliffe Davis, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 431.

»die Aufmerksamkeit eines jeden wecken, der, sei es aus beruflichen, sei es aus persönlichen Gründen, mit Unternehmen im Staat New Jersey zu tun hat«. Der Autor konstatierte ferner, man könne die Genehmigung der Aktiengesellschaft »mit gutem Grund einen boshaften Angriff auf die Gesamtheit der Betriebe von Handwerkern nennen«. Es würden »viele Köder ausgelegt, um unsere Arbeiter abzuwerben und unsere Unternehmen zu zerstören, indem die Grundlagen, auf denen sie ruhen, beseitigt werden«.⁷

Durch die Möglichkeit völlig unbegrenzter Akkumulation von Kapital sahen die Gegner der Aktiengesellschaften die Gefahr, dass die kleineren privaten Unternehmen bald nicht mehr marktgerecht wirtschaften können. Aufgrund dessen, so hieß es bei einem Autor, der unter dem Pseudonym »Clitus« von sich reden machte, würde auch die Sicherung des staatlichen Haushaltes gefährdet. Die Aktiengesellschaften würden durch ihr großes Kapital ganze Branchen des Handwerks in den Vereinigten Staaten niederreißen, was sich längerfristig äußerst negativ auf das Einkommen der Öffentlichkeit auswirken werde. Da die Betriebe der Handwerker als bedeutender Teil der Gesellschaft große Summen an Steuern aufbrächten, würde ihr Zusammenbruch lediglich dazu führen, dass der Ersatz für den Ausfall der Steuern von den Landbesitzern getragen werden müsste.⁸

Es ging also bei der Kontroverse um die Aktiengesellschaften nicht um die Differenzen zwischen Stadt und Land, sondern auf der einen Seite um die Interessen kleinerer Unternehmer, ob sie nun Produzenten in der Stadt oder Bauern auf dem Lande waren. Auf der anderen Seite standen die Interessen großer Eigentümer, ob sie nun Plantagenbesitzer, Bodenspekulanten oder Aktionäre waren. Die Kritik an den staatlich protegierten Aktiengesellschaften war nicht durch Angst vor Modernität geprägt; sie resultierte vielmehr aus dem Selbstverständnis einer auf gesellschaftlichen Fortschritt gerichteten Modernität.

Was in den frühen 1790er Jahren an der Gründung der S.U.M. vor allem bemängelt wurde, war der mit diesem Vorgang verbundene Interventionismus. Eine private Aktiengesellschaft, die erst durch die Privilegierung seitens des Staates existenzfähig sei, bedeute einen zerstörerischen Eingriff in die private wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmer, ja in die Freiheit der Bürger überhaupt. Zusammen mit der Kritik daran, dass den Aktiengesellschaften die Beschränkung ihrer Haftung gewährt wurde, entfaltete sich in den USA die Position einer Laissez-faire-Politik. Während wir heute mit diesem Begriff die Vorstellung des unbeschränkten Gewährens Lassens der global agierenden Konzerne verbinden, war die Idee ursprünglich auf das genaue Gegenteil gerichtet: Im Interesse eines freien, das heißt eines für jedermann frei zugänglichen Marktes wurde der staatliche Interventionismus, wie er

7 An Observer, zitiert bei Joseph Stancliffe Davis, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 430.

8 Clitus, zitiert bei Joseph Stancliffe Davis, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 388.

bei der Gründung der S.U.M. erstmals praktiziert worden war, von den Starkliberalen scharf bekämpft.

Unter dem Pseudonym »A Farmer« forderte zum Beispiel George Logan (1753–1821), seinerzeit Präsident der Germantown Society for Promoting Domestic Manufactures, in der in Philadelphia publizierten *National Gazette* eine aktive Laissez-faire-Politik im Sinne der Allgemeinheit. Ihm war klar, dass es nicht genügen würde, von jeder Art Intervention Abstand zu nehmen; stattdessen müsse die Gesetzgebung Sorge tragen, dass die übergroße Akkumulation von Kapital verringert werde. Wo partikulare Interessen gegenüber denen der Allgemeinheit bevorzugt würden, sei dies das größte aller öffentlichen Übel. Diese »Krankheit« müsse durch Gesetze unterdrückt werden.⁹

Zweitens: Für die Starkliberalen war jede Aktiengesellschaft eine Maschine zur Herstellung von Ungleichheit, die mit der Vorstellung von einer Gesellschaft gleicher und freier Bürger nicht vereinbar war:

»Such being the nature of this corporation, can it be doubted, whether it violates the spirit of all laws? Whether it subverts the principles of that equality, of which freemen ought to be so jealous? Whether it establishes a class of citizens with distinct interests from their fellow-citizens? Will it not, by fostering an inequality of fortune, prove the destruction of the equality of rights, and tend strongly to an aristocracy?«¹⁰

Es war Logan, der diese rhetorischen Fragen 1792 in der *National Gazette*, in seinen *Five Letters, Addressed to the Yeomanry of the United States. Containing some Observations on the Dangerous Scheme of Governor Duer and Mr. Secretary Hamilton, to Establish National Manufactories* stellte. Logan warnte die Farmer vor der Gefahr, dass Aktiengesellschaften vom Typ S.U.M. zu einer Anhäufung von Reichtum führen, die Gesellschaft in Klassen spalten und die Freiheit der Individuen strangulieren würden.

Wer heute von einer Politik des freien Marktes spricht, wird im selben Atemzug betonen, eine solche Politik sei unvereinbar mit dem Versuch der Schaffung größtmöglicher materieller Gleichheit. Die hier zitierten Starkliberalen aber – die ihre Beiträge in Zeitungen mit Pseudonymen wie »Anti-Monopolist« oder »Caius« oder »Clitus« oder »A Farmer« oder »An Observer« unterzeichneten – argumentierten genau in der Gegenrichtung. Für sie waren wirklich freie Beziehungen an den Märkten ohne eine gewisse materielle Gleichheit unmöglich. Auch wenn ihnen bewusst war, dass unterschiedliche Fähigkeiten unterschiedlichen Besitz und damit unterschiedliche soziale Verhältnisse hervorbringen, so hielten sie es doch für eine

9 A Farmer (= George Logan), zitiert bei Joseph Stancliffe Davis, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 439.

10 A Farmer (= George Logan), wie Anm. 4 Kap. 8, S. 439f.

Aufgabe des Staates, eine allzu große Ungleichheit zu verhindern, um die Demokratie zu schützen. Man könne von staatlichen Instanzen durchaus verlangen, die bestehende Ungleichheit nicht noch durch die Genehmigung von Aktiengesellschaften zu verschärfen. Logan schrieb:

»The power of the wealthy is farther concentrated by their tendency to combination, from which, number, dispersion, indigence, and ignorance, equally preclude the poor. The wealthy are formed into bodies by their professions, their different degrees of opulence, called ranks, their knowledge, and their small numbers: they necessarily, in all countries, administer government; for they alone have skill and leisure for its functions. Thus circumstanced, nothing can be more evident than their inevitable preponderance in the political scale.«¹¹

Aus dieser Entwicklung schloss Logan:

»Laws, it is said, cannot equalize men, – no – but ought they, for that reason, to aggravate the inequality which they cannot cure? Laws cannot inspire unmixed patriotism: but ought they, for that reason, to foment that corporation spirit which is its most fatal enemy? ›All professional combinations‹, said Mr. Burke, in one of his late speeches in parliament, ›are dangerous in a free state.‹ Arguing on the same principle, the national assembly of France have proceeded further: they have conceived that ›the laws ought to create no inequality or combination, and to offer no assistance to the natural preponderance of partial over general interests.‹«¹²

Drittens: Für die Starkliberalen war die Existenz einer übergroßen Akkumulation von Kapital ein Angriff auf die Lebensfähigkeit der Demokratie.

In einem 1792 publizierten Beitrag der in Philadelphia erscheinenden Zeitung *General Advertiser* warf der bereits zitierte Autor mit dem Pseudonym »Anti-Monopolist« der Jersey Manufacturing Company vor, den Grundlagen einer freien Gesellschaft und damit auch den Werten und Zielen der Amerikanischen Revolution zu widersprechen:

»It is an institution so opposed to the principles of a republican government that it could never have taken place in the free states of America, especially in a part yet moist with the blood of its citizens, shed in defence of liberty, from any other motive than the avarice of speculation, and the ambition of our political leaders, who encourage and heap advantages on them, merely to use them in future as their tools, to encroach still farther on the equal rights of the people. This is no

11 A Farmer (= George Logan), wie Anm. 4 Kap. 8, S. 439f.

12 A Farmer (= George Logan), wie Anm. 4 Kap. 8, S. 440.

exaggeration, but the just conclusion, which a bare mention of leading features of this institutions will well warrant.«¹³

Der Anti-Monopolist sah voraus, dass die Eigentümer und Anteilseigner der Aktiengesellschaften erst die politische Macht erringen, dann die Demokratie außer Kraft setzen würden. Die Verflechtung ökonomischer und politischer Macht werde sich zu Ungunsten der Freiheit der Bürger auswirken:

»But the subject becomes still the more alarming, if we recollect that these corporations are looked on by those who frame them as sacred and irrevocable; for in the course of time if this notion continues, and new corporations succeed each other, as they have lately done, we shall inevitably have all our wealthy citizens, whether they be engaged as merchants, manufactures or speculators, formed into corporate bodies, to aggrandize themselves, and increase the influence of government.«¹⁴

Der Zusammenhang von ökonomischer und politischer Macht hatte für die oft sehr eloquenten Kritiker der Aktiengesellschaften noch einen weiteren Aspekt. Die mangelnde Begrenzung staatlicher Macht durch die Verfassung und ihre Interpretation begünstige sogar die Duldung, ja die Bildung von Wirtschaftsmacht seitens der Regierung und des Parlaments gegen den Willen der Bürger. Der Antiföderalist unter dem Pseudonym »Caius« eröffnete 1792 eine Serie von Artikeln im New Yorker *Daily Advertiser* mit einem Angriff auf das föderalistische System staatlicher Macht, da es, strukturbedingt, immer wieder zu Konzentrationen wirtschaftlicher Macht führe. Das letzte »Projekt« dieser Art seien die »Monopole« der Aktiengesellschaften, die vom Kongress favorisiert würden.¹⁵

Viertens: Für die Starkliberalen war der Kampf gegen die Existenz von Korporationen nicht allein Teil der Amerikanischen Revolution, sondern gehörte zu den Hauptzielen moderner Revolutionen überhaupt. Wer sich für die Genehmigung von Aktiengesellschaften einsetzte, arbeitete demnach an der Errichtung einer antimodernen, konterrevolutionären politischen Ordnung.

Der bereits zitierte Autor mit dem Pseudonym »An Observer« äußerte Anfang 1792 im *General Advertiser*, die beiden großen Revolutionen in den Ländern Europas seien durch den Widerstand gegen die Aktiengesellschaften ausgelöst worden. Ohne die Leveller beim Namen zu nennen, rekurrierte An Observer auf das Beispiel der Engländer und der Französischen Revolution. Der Versuch, die Aktivität der East India Company von England nach Frankreich auszudehnen und die starke Kritik

13 Anti-Monopolist, zitiert bei Joseph Stancliffe Davis, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 432.

14 Anti-Monopolist, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 431.

15 Caius, zitiert bei Joseph Stancliffe Davis, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 430.

von Seiten der Gesetzgebenden Nationalversammlung/Legislative an dieser Maßnahme hätten den Spürsinn und die Neugier des Volkes geweckt und die Auseinandersetzung mit dem Merkantilismus verschärft; diese Entwicklung sei eine der Ursachen für den Sturz König Ludwigs XVI. gewesen. Aktiengesellschaften, so folgerte der Autor, passten nicht in die jungen USA; sie passten nicht in die neue Zeit einer auf parlamentarischer Demokratie und freiem Markt basierenden Republik:

»If corporations with exclusive privileges, for particular objects, have created so much jealousy and fear in other countries, how much ought this to excite the same passions in this country, which seems to embrace every object, for whether we consider the large capital, the extensive nature, or the important privileges, annexed to this institution, the mind is equally lost in astonishment, and is rather inclined to view it as a production of the dark ages preceeding the sixteenth century than of the present enlightened age.«¹⁶

Tatsächlich profitierten die frühen amerikanischen Aktiengesellschaften von Privilegien, die, noch vom Merkantilismus geprägt, später abgeschafft wurden. Die Starliberalen attackierten die Aktiengesellschaften jedoch auch in Bezug auf ihre Größe – ein Angriff, der heute weit heftiger ausfallen müsste als damals. Wie bei dem bereits zitierten Autor mit dem Pseudonym »Clitus« formuliert, stellte für die Gegner der Aktiengesellschaften allein die Tatsache der enormen Akkumulation von Kapital einen Bruch mit den Prinzipien einer freien Gesellschaft dar. Man kritisierte die staatliche Genehmigung von Aktiengesellschaften bis zu einer Größe von 1,5 Millionen Dollar. Diese Summe, so hieß es, sei höher als das Kapital sämtlicher Handwerker in den Vereinigten Staaten und daher eine bloß formale, keine faktische Beschränkung.¹⁷

Die hier referierte, historische Kritik an den Privilegien der Aktiengesellschaften ist noch heute bedeutsam. Denn im Zeitalter der Globalisierung entwickelt sich kein weltweit freier Markt; was entsteht, trägt eher Züge eines Neomerkantilismus. Vom Aktienrecht als private Organisationen definiert, werden Aktiengesellschaften mit wachsender Größe zu einer informellen politischen Macht. Dieser Prozess kann in eine bindende Anerkennung der politischen Funktionen von Konzernen münden, wenn deren informelle Macht eine gewisse Stärke oder Dichte erreicht hat. So werden auf der Ebene der Europäischen Union (EU) immer mehr Umweltnormen, die keinen geringen Einfluss auf das Leben von Abermillionen Bürgern haben, nicht durch demokratisch legitimierte Parlamente, sondern von Gremien festgesetzt, die mit Repräsentanten großer Unternehmen besetzt werden. Firmen wie Daimler Benz, IBM, Nestlé oder Unilever bekommen auf diese Weise Privilegien

16 An Observer, zitiert bei Joseph Stancliffe Davis, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 430.

17 Clitus, wie Anm. 8 Kap. 8.

und quasi legislative Kompetenzen. Gleichzeitig senken viele Staaten, um im weltweiten Wettbewerb der Standorte zu gewinnen, nicht allein die Unternehmenssteuern; nein, sie gewähren großen Unternehmen Subventionen, die kein kleines Unternehmen je in Anspruch nehmen könnte. Zu dieser Art der Privilegierung gehören etwa der Verkauf zuvor öffentlichen Bodens zu Mindestpreisen oder der kostenlose Ausbau von Infrastruktur.

Auf diese Politik trifft noch immer genau jene Kritik zu, welche die Bewegung gegen die Aktiengesellschaften einst in Bezug auf die Gründung der S.U.M. äußerte. Der im Repräsentantenhaus Pennsylvanias tätige Abgeordnete Fisher erinnerte 1792 an die Südseeblase der englischen South Sea Company und führte, laut einem Zeitungsbericht, weiter aus:

»By the act, the company are vested with powers little short of legislation, within a district of six miles square. The workmen employed by them, were to be exempt from taxes and militia duties, and the property of the company to remain also untaxed. These powers, rights and privileges, given to this company, he said, would be, in their operation, very injurious to this state as well as other states. They would enable the company to work to greater advantage than any private manufacturer in this state – to give higher wages to their journeymen, and thereby draw them from the employ of those for whom they now work; to give most for raw materials, and thereby enhance the price of them to every purchaser; and to undersell their competitors. Besides they had the power to raise annually the sum of 10000 dollars. This would still more effectually enable them to afford high prices, to the detriment of private manufactures and artificers.«¹⁸

Eine kuriose Parallele zwischen der historischen und der aktuellen Situation in Bezug auf den Status von Aktiengesellschaften ist Folgendes: Damals wie heute sind Großunternehmen aus Pflichten entlassen, die sonst qua Gesetz jedermann auferlegt sind, gleichzeitig aber treten sie als Sponsoren in Erscheinung und versuchen auf diese Art, ihre gesellschaftliche Nützlichkeit zu beweisen. Die Regierung erwartete von der S.U.M., dass sie einen Teil ihres durch Privilegien entstandenen Gewinns zur Förderung der Künste und der Wissenschaften einsetzen würde. Damals wie heute haben Aktiengesellschaften deshalb eine weit über das rein Ökonomische hinausgehende Macht. Man hält sie für unverzichtbar, da sie kulturelle und soziale Leistungen erbringen, für die in einer wirklich demokratisch organisierten Gesellschaft staatliche Instanzen zuständig wären oder die von den Bürgern selbst erbracht werden könnten.¹⁹

18 Abgeordneter Fisher, zitiert bei Joseph Stancliffe Davis, wie Anm. 4 Kap. 8, S. 428.

19 Die mit dem Verhalten von Sponsoren verknüpfte Problematik zeigte sich zum Beispiel mit aller Deutlichkeit nach dem Brand der Kathedrale Notre-Dame in Paris 2019, als die fran-

An den zahlreichen, teils heftigen Äußerungen der starkliberalen Gegner von Aktiengesellschaften in den 1790er Jahre lässt sich erkennen, dass sie eine genaue Vorstellung von der Wirtschaftsordnung hatten, die sie favorisierten. Sie forderten alle eine Marktwirtschaft, in der Macht deutlich begrenzt würde. Die Herausbildung von Macht auf Seiten der Unternehmen war nach ihrer Meinung nicht die Folge echten Wettbewerbs; sie war vielmehr das Resultat eines staatlich protegierten Kapitalismus, der mit einer Marktwirtschaft auf der Basis der Menschenrechte mit freiem Marktzutritt für alle nichts mehr gemeinsam hatte. Ihr ordnungspolitisches Leitbild war das einer nicht-kapitalistischen Marktwirtschaft.

8.3 Marktwirtschaft ohne die Macht von Kapitalgesellschaften 1

Aus der Sicht der amerikanischen Starkliberalen, die die ersten Aktiengesellschaften bekämpften, schlossen sich Kapitalismus und Marktwirtschaft aus. Die Vorstellung einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus wird heute, sofern sie überhaupt als ordnungspolitische Idee wahrgenommen wird, von vielen Gesellschaftswissenschaftlern als »vormodern« diskreditiert. In Wirklichkeit handelt es sich um die der alten überkommenen Ordnung am weitesten entgegengesetzte Alternative, die von den verschiedenen Strömungen der Amerikanischen Revolution hervorgebracht wurde. Die ursprüngliche starkliberale Laissez-faire-Position bedeutete weder Verbleib im Alten noch reines Nichtstun; vielmehr riefen ihre Verfechter zum Kampf für eine moderne und demokratische Form des Wirtschaftens auf: Ein wirklich freier Markt hätte durch aktive Ordnungspolitik erst gegen die Aristokratie des englischen, dann gegen die des amerikanischen Merkantilismus durchgesetzt werden können.

War dieses Leitbild einer freien Marktwirtschaft ohne kapitalistische Machtkonzentrationen überhaupt zukunftsfähig? Hätte es den ökonomischen Notwendigkeiten der USA um 1800 gerecht werden können? Lässt sich diese Frage mit unserer Gegenwart verbinden? Könnten die ordnungspolitischen Ideen und Konzepte derer, denen die Gründung der S.U.M. seinerzeit so missfiel, heute noch das Ziel einer alternativen Wirtschaftspolitik sein, die das Problem der Machtkonzentration und der Armut lösen könnte?

Die Frage ist in Bezug auf die handwerkliche und frühindustrielle Produktion und sogar in Bezug auf die im Lauf des neunzehnten Jahrhunderts in den Vereinigten Staaten entstehenden Trusts leicht zu beantworten. Schon am Beispiel dieser ersten, riesigen Akkumulationen von Kapital zur Herstellung von Gütern zeigt sich der strukturbedingte auftretende, ökonomisch kontraproduktive Effekt. Denn die

zösischen Milliardäre Arnault, Bettencourt und Pinault im Nu Hunderte Millionen Euro zur Verfügung stellten.